

# Wochenbericht

## Der Trend zur Privatschule geht an bildungsfernen Eltern vorbei

Seite **640**

Immer mehr Schüler besuchen eine Privatschule – unter den Gymnasiasten bereits jeder neunte. Eine Studie auf Basis von SOEP-Daten zeigt jetzt erstmals: Entscheidend für die Schulwahl ist weniger das Einkommen der Eltern als deren Bildungsgrad. Schüler, deren Eltern Abitur gemacht haben, besuchen deutlich häufiger eine Privatschule als Schüler aus bildungsferneren Schichten. Eine problematische Entwicklung, die die Bildungspolitik fordert.

**Von Henning Lohmann, C. Katharina Spieß und Christoph Feldhaus**

## „Gebildete Eltern schicken ihre Kinder zunehmend auf Privatschulen“

Seite **641**

**Acht Fragen an C. Katharina Spieß**

## BVL/DIW Logistik-Indikator im dritten Quartal 2009

Seite **653**

## Eine öffentliche europäische Rating-Agentur – wir brauchen sie jetzt

Seite **654**

**Kommentar von Dorothea Schäfer**

# Der Trend zur Privatschule geht an bildungsfernen Eltern vorbei

Henning Lohmann  
hlohmann@diw.de

C. Katharina Spiess  
kspiess@diw.de

Christoph Feldhaus

*Der Anteil von Kindern, die eine Privatschule besuchen, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) besuchen sieben Prozent aller Schüler eine Privatschule. Die Daten geben auch Auskunft über die Eltern von Privatschülern. Demnach besuchen Schüler, deren Eltern ein Abitur haben, häufiger eine Privatschule als Schüler aus bildungsferneren Elternhäusern. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren verstärkt: So ist der Anteil der Privatschüler aus „bildungsnahen“ Elternhäusern zwischen 1997 und 2007 um 77 Prozent gestiegen. Bei Schülern aus bildungsfernen Elternhäusern beträgt der Anstieg lediglich zwölf Prozent. Multivariate Analysen zeigen, dass die zunehmende Selektion hin zu bildungsnahen Schichten insbesondere in der Sekundarstufe auftritt. Im Grundschulbereich erhöhen regionale Faktoren sowie eine Vollerwerbstätigkeit der Mutter die Wahrscheinlichkeit eines Privatschulbesuchs signifikant. Bildungspolitisch sollte verhindert werden, dass insbesondere Kinder aus bildungsnahen Schichten den öffentlichen Schulbereich verlassen. Wird ein Schulwettbewerb grundsätzlich für sinnvoll gehalten sollten Bemühungen unternommen werden, dass auch bildungsferne Schichten Privatschulen in Erwägung ziehen.*

Traditionell richteten sich Privatschulen vornehmlich an Kinder aus „gutem Hause“. Auswahlkriterium für eine Privatschule war vor allem die Finanzierung dieser Einrichtungen. Heute existiert in Deutschland das sogenannte „Sonderungsverbot“. Schulen in freier Trägerschaft, die allgemein als Privatschulen bezeichnet werden, dürfen keine Sonderung nach den Besitzverhältnissen der Eltern vornehmen. Das regelt Artikel 7 Absatz 4 des Grundgesetzes. Elternbeiträge sind trotzdem üblich, wobei die Festlegung ihrer Höhe im Spannungsfeld des Sonderungsverbots und der notwendigen Finanzierung der Schule steht. Teilweise zahlen Eltern keine expliziten Beiträge für den Privatschulbesuch, entrichten aber häufig einen freiwilligen Beitrag an einen Förderverein oder ähnliches. Viele private Schulen versuchen über Stipendien, Geschwisterermäßigungen oder einem nach dem Einkommen der Eltern gestaffelten Schulgeld möglichst allen Interessenten den Schulbesuch zu ermöglichen. Wie steht es vor diesem Hintergrund um die Schüler in privaten Schulen Deutschlands? Hat das Einkommen der Eltern für den Privatschulbesuch tatsächlich keine Bedeutung? Welche Trends lassen sich beobachten – nimmt der Anteil von Kindern aus gutem Hause ab oder zu?

Diese Fragen können mit den Daten der für Deutschland repräsentativen Längsschnittstudie des am DIW Berlin angesiedelten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) beantwortet werden.<sup>1</sup> Seit 1984 werden dort in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung jedes Jahr rund 11 000 Haushalte nach dem Schulbesuch aller im Haushalt lebenden Kinder gefragt. Als Kinder werden alle Personen im Haushalt betrachtet, die

<sup>1</sup> Vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. In: Schmollers Jahrbuch, Vol. 127, No. 1, 2007, 139–169.

Acht Fragen an C. Katharina Spieß

## „Gebildete Eltern schicken ihre Kinder zunehmend auf Privatschulen“



**Frau Prof. Spieß, über die Qualität der Bildung in Deutschland wird seit Jahren diskutiert. Welche Rolle spielen die Privatschulen?**

Privatschulen haben in Deutschland schon immer eine Rolle gespielt. In den letzten Jahren gibt es mehr Privatschulen und einen zunehmenden Anteil von Privatschülern.

**Wie viel Prozent aller Schüler in Deutschland besuchen überhaupt eine Privatschule?**

Ungefähr sieben Prozent aller Schüler in Deutschland besuchen eine Privatschule, davon etwas mehr in Westdeutschland. In Ostdeutschland waren es nach der Wiedervereinigung nur sehr wenige, deshalb hat der Anteil an Privatschülern dort in den letzten Jahren massiv zugenommen. Das hängt primär damit zusammen, dass es in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung nur sehr wenige Privatschulen gab.

**Wer geht denn auf die Privatschule?**

Wir können einen Trend feststellen, dass Eltern aus bildungsnahen Schichten ihre Kinder zunehmend auf Privatschulen schicken, während wir das beispielsweise bei Eltern, die einen Hauptschulabschluss haben, weniger beobachten. Es sind ganz klar die Eltern, die Abitur haben und beruflich besser gestellt sind, die zunehmend ihre Kinder auf Privatschulen schicken.

**Haben die bildungsnahen Haushalte, von denen Sie sprechen, auch mehr Geld zur Verfügung?**

Nicht zwingend. Wir können den Einkommenseffekt vom Bildungseffekt trennen, weil wir sowohl den elterlichen Bildungshintergrund als auch das Einkommen der Eltern kennen. Das ist auch der Unterschied beispielsweise zu amerikanischen Studien. In Deutschland ist es primär nicht das Einkommen, das entscheidend ist, ob ein Kind eine Privatschule besucht oder nicht, sondern es sind die berufliche Stellung und die Bildung der Eltern.

**Haben weniger gut verdienende Eltern überhaupt eine Chance, ihre Kinder auf eine Privatschule zu schicken?**

Ja. Vor dem Hintergrund des Grundgesetzes können die Privatschulen nicht exorbitant hohe Gebühren verlangen. Es ist manchmal so, dass Privatschulen über Vereine dann doch Gebühren erheben. Wir stellen aber fest, dass das Einkommen nicht so entscheidend ist.

**Wo liegen die Ursachen, dass hauptsächlich Bildungsbürger ihre Kinder auf Privatschulen schicken?**

Über die Gründe, warum gerade diese Gruppe eher Privatschulen besucht, können wir nur spekulieren. Es könnte sein, dass die Schulen eher Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern aufnehmen. Es könnte aber auch sein, dass Eltern aus bildungsfernen Schichten sich gar nicht so sehr für Privatschulen interessieren. Doch diese beiden Effekte können wir nicht in unseren Analysen unterscheiden.

**Welche Folgen hat es, wenn immer mehr Kinder aus bildungsnahen Schichten die öffentlichen Schulen verlassen?**

Wir haben dadurch eine zunehmende Selektion in unserem Schulsystem, die so nicht gewollt ist. Es macht wenig Sinn, dass wir zwischen öffentlichen und privaten Schulen aufgrund des elterlichen Bildungshintergrundes selektieren. Wenn wir ihn denn wollen, sollten wir einen Schulwettbewerb haben, der allen Kindern einen gleichwertigen Zugang zu allen Schulformen ermöglicht.

**Was bedeuten Ihre Ergebnisse für die Bildungspolitik?**

Wir müssen uns mehr Gedanken machen, wie öffentliche Schulen für Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern attraktiver werden. Wenn wir tatsächlich sagen, Schulwettbewerb ist gut, sollte man sich zudem Gedanken machen, wie auch Privatschulen eine Alternative für Kinder aus bildungsferneren Schichten werden.

» Die Selektion nach dem Bildungshintergrund macht keinen Sinn. «

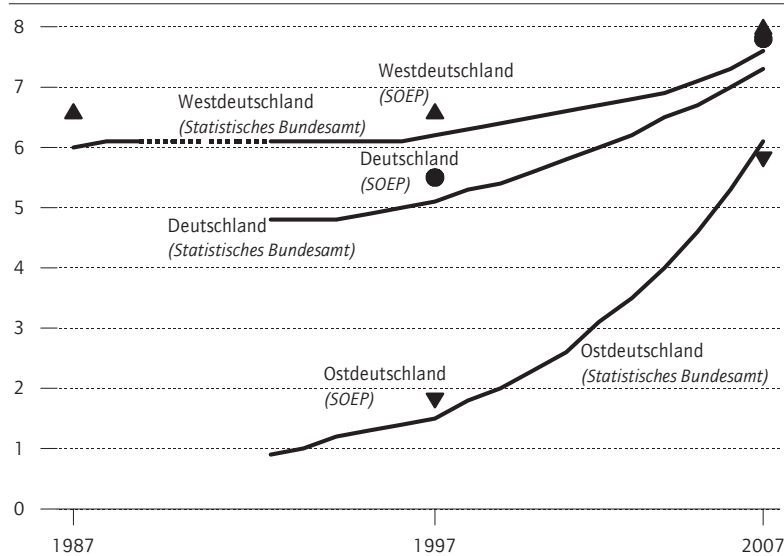
Prof. Dr. C. Katharina Spieß,  
Forschungsdirektorin  
„Bildung“, Abteilung  
Längsschnittstudie  
Sozio-oekonomisches Panel  
am DIW Berlin

Das Gespräch führte  
Erich Wittenberg.  
Das vollständige Interview zum Anhören  
finden Sie auf  
[www.diw.de](http://www.diw.de)

Abbildung

**Privatschüler in Ost- und Westdeutschland nach Datenquellen**

Anteil an allen Schülern in Prozent



1 Kinder unter 17 Jahren in Befragungshaushalten.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1.1, Schüler auf allgemeinbildenden Schulen; SOEP 1987, 1997, 2007 (gewichtet); Berechnungen des DIW Berlin. DIW Berlin 2009

noch nicht 17 Jahre alt sind. In Abständen von einigen Jahren wird darüber hinaus der Träger der Schule erfragt. Als Privatschulen sind im Folgenden Schulen mit freiem – privatem oder kirchlichem – Träger definiert.

**Anteil der Privatschüler in den letzten 20 Jahren gestiegen**

Wie die Abbildung verdeutlicht betrug der Anteil der Schüler in privaten Schulen in Deutschland im Jahr 2007 7,8 Prozent. Dies entspricht in etwa dem Anteil, den die amtliche Statistik ausweist: Sie kommt auf einen Anteil von 7,3 Prozent. Mit acht Prozent ist dieser Anteil in Westdeutschland geringfügig höher als in Ostdeutschland (sechs Prozent). Dies belegen Daten des SOEP im Einklang mit den Daten der amtlichen Statistik. Eine Betrachtung der Entwicklung seit Mitte der 80er Jahre zeigt, dass der Anteil an Privatschülern in Deutschland gestiegen ist. In Westdeutschland ist von 1987 bis 2007 ein Anstieg um nahezu 21 Prozent zu beobachten (die amtliche Statistik weist einen Anstieg um knapp 27 Prozent auf). In Ostdeutschland hat sich der Anteil seit Beginn der Erhebung mehr als verdreifacht. Daten der amtlichen Statistik für das Jahr 2007 zeigen weiterhin, dass der Anteil der Privatschüler unter allen Gymnasiasten mit nahezu elf Prozent am höchsten ist. Der Anteil an allen Grund- (2,4 Pro-

zent), Haupt- (2,9 Prozent) und Realschülern (8,9 Prozent) ist jeweils deutlich niedriger.<sup>2</sup>

**Wer besucht eine Privatschule?**

Die Daten der amtlichen Statistik lassen eine nach Schularten differenzierte Betrachtung von Schülern in Deutschland zu. Mit den Daten des SOEP können darüber hinaus Privatschüler nach ihren sozio-ökonomischen und sozio-demographischen Merkmalen unterschieden werden.

Eine Analyse der *Haushaltsmerkmale* macht deutlich, dass Kinder von Alleinerziehenden nur selten Privatschulen besuchen (fünf Prozent). Mit acht Prozent ist der Anteil von Kindern in Privatschulen an allen Schülern aus Paarfamilien höher<sup>3</sup>. Tabelle 1 zeigt auch, dass Kinder aus Haushalten, deren Einkommensposition um mindestens das Anderthalbfache über dem mittleren bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen liegt, in Privatschulen mit elf Prozent vertreten sind. In den anderen Einkommensgruppen beträgt dieser Anteil nur knapp sieben Prozent. In größeren Gemeinden werden Privatschulen häufiger genutzt. Der Anteil von Privatschülern an allen Schülern in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern liegt mit neun Prozent über dem entsprechenden Anteil in kleineren Gemeinden.

Eine Unterscheidung nach *elternbezogenen Merkmalen* zeigt das folgende Bild: Der Anteil von Privatschülern ist bei der Gruppe derjenigen, von denen mindestens ein Elternteil ein Abitur hat, mit zwölf Prozent höher als der Anteil bei der Schülergruppe, deren Eltern nur einen mittleren Schulabschluss aufweisen (fünf Prozent). Dies spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der Schülerschaft an Privatschulen wider. Mit 59 Prozent hat die Mehrzahl aller Schüler an Privatschulen mindestens einen Elternteil mit Abitur, obwohl diese Gruppe insgesamt nur ein gutes Drittel der gesamten Schülerbevölkerung darstellt. Auch hinsichtlich des aus der beruflichen Tätigkeit abgeleiteten sozio-ökonomischen Status lässt sich festhalten,<sup>4</sup> dass Kinder, deren Eltern einen höheren Status haben, eher in Privatschulen

<sup>2</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.1. Schüler auf allgemeinbildenden Schulen. Wiesbaden, verschiedene Jahre.

<sup>3</sup> Allerdings ist dieses Ergebnis aufgrund geringer Fallzahlen statistisch nicht sehr belastbar.

<sup>4</sup> Dieser wird über die sogenannte ISEI-Skala erfasst. Sie wurde von Harry B. G. Ganzeboom entwickelt und beruht auf dem internationalen Klassifikationssystem der Berufe (ISCO). Diese hierarchische Skala klassifiziert Berufe nach dem erforderlichen Bildungsgrad und der Höhe des Arbeitseinkommens. Vgl. Ganzeboom, H. B. G., de Graaf, P. M., Treiman, D.: A Standard International Socio-Economic Index of Occupational Status. In: Social Science Research 21, 1992, 1–56. Der hier verwandte ISEI-Wert ist der höchste Wert, den mindestens eines der beiden Elternteile erreicht.

vertreten sind: 14 Prozent der Kinder, deren Eltern einen hohen Status erreichen, besuchen eine Privatschule, während es nur neun Prozent beziehungsweise sechs Prozent bei Eltern mit niedrigerem Status sind. Wenn das Alter der Eltern (erfasst über das höchste Alter, das ein Elternteil bei Geburt des Kindes aufweist) betrachtet wird, zeigt sich, dass Kinder älterer Eltern mit nahezu elf Prozent in Privatschulen sind, bei den jüngeren Eltern sind es um die acht Prozent. Inwiefern es sich dabei um Alters- oder Kohorteneffekte handelt, kann nicht unterschieden werden.

*Mütterbezogene Merkmale* umfassen die Religionszugehörigkeit und die Erwerbstätigkeit der Mutter. Kinder katholischer Mütter sind in Privatschulen mit zehn Prozent vertreten. Der entsprechende Anteil ist bei nicht-katholischen Müttern geringer. Außerdem zeigt sich, dass Kinder erwerbstätiger Mütter ebenfalls mit einem höheren Anteil Privatschüler sind als Kinder von nicht erwerbstätigen Müttern.

Die Unterscheidung nach *kindbezogenen Merkmalen* verdeutlicht, dass etwas mehr Mädchen (knapp neun Prozent) als Jungen (knapp sieben Prozent) Privatschulen besuchen. Wie eingangs erwähnt ist der Privatschulbesuch in der Sekundarstufe häufiger als im Primarbereich.<sup>5</sup> Deshalb sind eher ältere Kinder in Privatschulen vertreten.

Diese rein deskriptive Betrachtung der Anteile von Privatschülern in unterschiedlichen Merkmalsgruppen zeigt, dass grundsätzlich Kinder aus sozio-ökonomisch besser gestellten Haushalten eher Privatschüler sind. Dabei lässt sich allerdings nicht unterscheiden, ob es sich um eine Selektion auf der Angebots- oder Nachfrageseite handelt beziehungsweise inwiefern diese Unterscheidung durch unterschiedliche Präferenzen der Eltern zu erklären ist.

### Eindeutiger Trend: Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern eher in Privatschulen

Eine zeitliche Betrachtung auf der Basis der SOEP-Daten zeigt für Westdeutschland, dass Schüler, von denen mindestens ein Elternteil Abitur hat, bereits in den 80er Jahren häufiger eine Privatschule besuchten als Schüler, deren Eltern entweder keinen oder einen niedrigeren Abschluss hatten (Tabelle 2). Diese Differenzierung hat in den letzten Jahren allerdings weiter

<sup>5</sup> Außerdem ist festzuhalten, dass im Jahr 2007 Geschwisterkinder mit einem geringeren Anteil in Privatschulen vertreten waren, als Einzelkinder – allerdings ist dies ein Effekt, der auf sehr kleinen Fallzahlen beruht und in anderen Jahren nicht festzumachen ist.

Tabelle 1

## Privatschüler nach sozio-ökonomischen Merkmalen

Anteile in Prozent

	Insgesamt	Westdeutschland
Insgesamt	7,8	8,0
<b>Haushaltsbezogene Merkmale</b>		
Haushaltstyp		
Paarhaushalt	8,3	8,5
Alleinerziehende und andere	5,4	5,9
Relative Einkommensposition <sup>1</sup>		
Weniger als 75 Prozent des Median	6,9	7,4
75 bis 150 Prozent des Median	6,9	6,9
Mehr als 150 Prozent des Median	11,0	11,5
Gemeindegrößenklasse		
Weniger als 20 000 Einwohner	5,6	6,1
20 000 bis 100 000 Einwohner	7,3	7,1
Mehr als 100 000 Einwohner	9,2	9,7
<b>Elternbezogene Merkmale</b>		
Schulbildung der Eltern		
Kein oder niedriger Abschluss	4,8	5,0
Mittlerer Abschluss	5,2	5,5
Abitur	12,4	12,6
Sozio-ökonomischer Status der Eltern (ISEI)		
16 bis 34 (sehr niedrig)	3,5	3,5
35 bis 49 (niedrig)	6,1	6,7
50 bis 65 (mittel)	9,0	9,3
66 bis 90 (hoch)	14,3	14,2
Keine Berufsangabe	4,8	5,7
Migrationshintergrund der Eltern		
Nein	9,0	9,5
Ja	4,0	3,9
Alter der Eltern bei der Geburt des Kindes		
Jünger als 27 Jahre	2,2	2,5
27 bis 33 Jahre	8,2	8,5
Älter als 33 Jahre	10,7	10,4
<b>Mutterbezogene Merkmale</b>		
Religion		
Katholisch	10,3	10,4
Evangelisch	7,3	6,6
Keine oder sonstige	5,4	6,7
Erwerbstätigkeit		
Nicht erwerbstätig	6,4	6,7
Vollzeit	7,5	7,4
Teilzeit	8,7	8,9
<b>Kindbezogene Merkmale</b>		
Geschlecht des Kindes		
Männlich	6,9	7,1
Weiblich	8,6	8,9
Alter des Kindes		
Jünger als 11 Jahre	7,6	7,3
11 bis 14 Jahre	7,5	7,8
Älter als 14 Jahre	8,1	8,8
Geschwister		
Nein	8,7	9,3
Ja	6,7	6,7
N (ungewichtet)	2 645	2 274

Bei kursiv gedruckten Werten liegen die Fallzahlen nur zwischen 10 und 29.

<sup>1</sup> Bedarfsgewichtetes Haushalts-Nettoeinkommen.

Quelle: SOEP 2007 (gewichtet).

DIW Berlin 2009

zugenommen. So ist der Anteil der Privatschüler an allen Schülern, deren Eltern ein Abitur haben, von 1987 auf 2007 um 52 Prozent gestiegen: von



Tabelle 2

**Privatschüler nach der Bildung der Eltern in Ost- und Westdeutschland**

Anteile in Prozent

	1987	1997	2007
<b>Deutschland insgesamt</b>			
Kein oder niedriger Abschluss	–	4,3	4,8
Mittlerer Abschluss	–	5,1	5,2
Abitur	–	7,0	12,4
<b>Westdeutschland</b>			
Kein oder niedriger Abschluss	4,9	4,1	5,0
Mittlerer Abschluss	6,2	7,7	5,5
Abitur	8,3	8,8	12,6
<b>Ostdeutschland</b>			
Kein, niedriger oder mittlerer Abschluss	–	0,7	3,3
Abitur	–	3,0	10,4

Quelle: SOEP 1987, 1997, 2007 (gewichtet).

DIW Berlin 2009

8 Prozent auf nahezu 13 Prozent. Von den Kindern, deren Eltern niedrigere Bildungsabschlüsse aufweisen, ist dagegen nur ein schwacher beziehungsweise kein eindeutiger Anstieg des Besuchs von Privatschulen zu beobachten. Betrachtet man die letzten zehn Jahre, zeigen sich ähnliche Ergebnisse für Gesamtdeutschland. Insgesamt hat der Anteil von Privatschülern an allen Schülern, deren Eltern ein Abitur haben, um 77 Prozent zugenommen. Die Anstiege in den anderen Bildungsgruppen fiel mit zwölf Prozent bei Schülern, deren Eltern keinen oder einen niedrigen Schulabschluss haben, sowie mit zwei Prozent bei Schülern mit einem mittleren elterlichen Schulabschluss sehr viel geringer aus. Wird die Analyse auf Ostdeutschland beschränkt, zeigt sich allerdings ein anderer Trend: Hier nehmen die Anteile an Privatschülern unter allen Bildungsgruppen stark zu: Mit über 300 Prozent stieg insbesondere der Anteil in der Gruppe derjenigen, deren Eltern kein Abitur haben, während der Anteil der Privatschüler bei der Gruppe, deren Eltern ein Abitur haben „nur“ um 247 Prozent anstieg.<sup>6</sup>

Welche Faktoren beeinflussen die Wahrscheinlichkeit, dass ein Schüler eine Privatschule besucht? Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse von multivariaten Modellen, in denen die Wahrscheinlichkeit eine Privatschule zu besuchen, geschätzt wurde. Dabei wurden die bereits dargestellten elterlichen, mütterlichen und kindlichen Merkmale sowie Haushaltsmerkmale berücksichtigt. Die ersten beiden Modelle basieren auf einer Stichprobe aller Schüler. Es zeigt sich, dass Mädchen eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, eine Privatschule zu besuchen. Mit dem Alter des Kindes

<sup>6</sup> Diese Entwicklung geht von einem sehr niedrigen Niveau aus und ist aufgrund geringer Fallzahlen von Privatschülern in Ostdeutschland im statistischen Sinne nicht unbedingt robust.

nimmt die Wahrscheinlichkeit ab. Schüler mit Geschwistern haben eine signifikant größere Wahrscheinlichkeit für einen Privatschulbesuch. Auch in den multivariaten Analysen bleibt der starke Effekt des elterlichen Bildungshintergrundes signifikant: Ceteris paribus haben Kinder, deren Eltern Abitur haben, eine um zwei Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit Privatschüler zu sein. Die Bedeutung des sozio-ökonomischen Status hat über die Zeit zugenommen (Modell 2). Das Haushaltseinkommen hat keinen statistisch messbaren Effekt. Kinder, deren Eltern keinen Migrationshintergrund haben, sind in Privatschulen eher vertreten. Die Erwerbstätigkeit der Mutter hat ebenfalls einen statistischen Einfluss: Wenn die Mutter vollzeiterwerbstätig ist, steigt die Wahrscheinlichkeit für einen Privatschulbesuch um knapp einen Prozentpunkt. Schüler in Ostdeutschland haben ceteris paribus ebenfalls eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit eine Privatschule zu besuchen. Darüber hinaus hat die Wahrscheinlichkeit, eine Privatschule zu besuchen, in Ostdeutschland aber stark zugenommen. Ebenso bestätigt sich ein anderes Ergebnis der bivariaten Analysen: Schüler, die in größeren Gemeinden wohnen, sind eher Privatschüler. Die Unterscheidung nach Schularten weist darauf hin, dass insbesondere Gymnasialisten Privatschulen besuchen.

Das dritte Modell beschränkt sich auf Grundschüler. Dabei wird deutlich, dass die Bedeutung des sozio-ökonomischen Status und auch die Bedeutung der mütterlichen Vollzeiterwerbstätigkeit vor allem bei Grundschulern große Bedeutung haben. Demnach spricht einiges dafür, dass insbesondere Familien, die Infrastrukturangebote für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf benötigen, Privatschulen im Primarbereich nutzen. Auch der Effekt der Gemeindegröße ist hauptsächlich bei Grundschulern zu finden. Vermutlich kommen darin Angebotseffekte zum Ausdruck, da größere Gemeinden eher private Grundschulen aufweisen. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass dieser Effekt auch auf andere Präferenzen der Eltern und Schüler in größeren Gemeinden zurückzuführen ist. Bei Grundschulern haben Mädchen keine statistisch signifikant höhere Wahrscheinlichkeit. Alle anderen Effekte unterscheiden sich nicht von dem Modell, das alle Schüler umfasst.

Das Modell für den Sekundarbereich zeigt, dass die Bedeutung des sozio-ökonomischen Status und insbesondere auch die Zunahme der Bedeutung desselben in den letzten zehn Jahren vorrangig in diesem Schulbereich auftrat. Insbesondere hier kann also von einer Selektion sozio-ökonomisch besser gestellter Schüler ge-

Tabelle 3

**Wahrscheinlichkeit eine Privatschule zu besuchen<sup>1</sup>**

	Alle Schüler		Nur Schüler der	
	Modell 1	Modell 2	Primarstufe	Sekundarstufe
Geschlecht (Referenz: männlich)				
Weiblich	0,013**	0,014**	0,001	0,023***
Alter des Schülers				
In Jahren	-0,003**	-0,003**	-0,003*	-0,002+
Geschwister (Referenz: nein)				
Ja	0,012**	0,012*	0,013*	0,011+
Alter der Eltern bei der Geburt des Kindes				
In Jahren	0,001	0,001	0,000	0,001
Schulbildung der Eltern (Referenz: kein oder niedriger Abschluss)				
Mittlerer Abschluss	0,000	0,002	-0,005	0,006
Abitur	0,024**	0,025**	0,026*	0,022*
Sozio-ökonomischer Status der Eltern				
ISEI/100	0,008	-0,044+	-0,048+	-0,034
Bedarfsgewichtetes Haushalts-Nettoeinkommen				
In 100 000 Euro	0,005	0,002	-0,011	0,014
Migrationshintergrund (Referenz: nein)				
Ja	-0,012*	-0,012*	-0,014*	-0,010
Erwerbstätigkeit der Mutter (Referenz: nicht erwerbstätig)				
Vollzeit	0,012+	0,012+	0,023*	0,004
Teilzeit	0,007	0,007	0,010	0,004
Region (Referenz: Westdeutschland)				
Ostdeutschland	-0,054***	-0,054***	-0,043***	-0,058***
Gemeindegröße (Referenz: weniger als 20 000 Einwohner)				
20 000 bis 100 000 Einwohner	0,005	0,005	0,029**	-0,008
Mehr als 100 000 Einwohner	0,014*	0,014*	0,056***	-0,009
Periode (1995=0)				
In Jahren	0,001+	0,000	0,000	0,001
Interaktionen:				
Periode x Ost	0,006***	0,006***	0,007***	0,005*
Periode x ISEI/100	-	0,007**	0,004	0,009*
Schulart (Referenz: Hauptschule)				
Grundschule	0,000	0,000	-	-
Realschule	0,022+	0,023+	-	0,022+
Gymnasium	0,035**	0,035**	-	0,034**
Sonstige	0,101***	0,102***	-	0,114***
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,068	0,070	0,068	0,082
N <sup>2</sup>	12 031	12 031	5 015	7 016

Signifikanzniveaus: \*\*\* p &lt; 0,001; \*\* p &lt; 0,01; \* p &lt; 0,05; + p &lt; 0,1.

<sup>1</sup> Logit-Modelle, marginale Effekte.<sup>2</sup> Gewichtung zur Vereinheitlichung der Fallzahlen für alle Jahre, alle Beobachtungen einer Person.

Quelle: SOEP 1995, 1997, 2002, 2005, 2007.

DIW Berlin 2009

sprochen werden. Allerdings sind die Effekte in ihrem Umfang nicht besonders stark. Hinter diesem Effekt könnten zunächst höhere Kosten für Privatschulen vermutet werden. Allerdings ist der Effekt des Haushaltseinkommens nicht signifikant. Daher liegt es nahe, dass entweder Eltern mit einem höheren Status eher Privatschulen für ihre Kinder wählen als die entsprechenden Referenzgruppen. Möglich ist auch, dass eventuelle Aufnahmeverfahren, wie sie bei einigen Privatschulen üblich sind, zugunsten von Kinder aus bildungsnahen Familien „diskriminieren“.

**Fazit**

Aufgrund der amtlichen Statistik ist bekannt, dass sowohl der Anteil von Privatschulen als auch der Anteil von Privatschülern in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Dies bestätigen auch die SOEP-Daten. Darüber hinaus ermöglicht es das SOEP umfassend zu analysieren, welche Schüler Privatschulen besuchen, und welche Trends hinsichtlich der Veränderung der Merkmale der Schülerschaft bestehen. Es zeigt sich, dass Schüler sozio-ökonomisch besser gestellter Eltern eher Privatschulen besuchen als ihre Peers aus sozio-ökonomisch schlechter gestellten Familien. Dabei spielt – im Gegensatz zu US-amerikanischen

Studien – weniger das Haushaltseinkommen eine Rolle als die Bildung und auch der Beruf der Eltern.<sup>7</sup> Kinder bildungsferner Elternhäuser besuchen mit einer deutlich geringeren Wahrscheinlichkeit eine private Grundschule oder auch eine Privatschule, die im Sekundarbereich angesiedelt ist. Damit sind in Deutschland Selektionstendenzen zu beobachten, die in der anglo-amerikanischen Literatur schon länger diskutiert werden.

Einige Analysen internationaler Schülervergleichstests belegen, dass Schulsysteme, die mehr Schulen in nicht öffentlicher Trägerschaft haben, bessere Schülerleistungen erzielen.<sup>8</sup> Daraus wird geschlossen, dass sich Wettbewerb auch im Schulsystem positiv auszahlt. Andere Analysen kommen dagegen zu dem Ergebnis, dass Privatschüler keine besseren Leistungen erzielen und daher ein verstärkter Wettbewerb nicht anzustreben ist.<sup>9</sup> Unabhängig davon ist eine soziale Segregation beziehungsweise Selektion aufgrund des elterlichen Bildungshintergrundes zu vermeiden. Denn damit wäre per se nicht aus-

zuschließen, dass ohnehin vorhandene Bildungsungleichheiten noch weiter verstärkt werden.

Im deutschen Bildungssystem sollte demnach verhindert werden, dass Privatschulen spezifischen Schülergruppen vorenthalten sind. Das bundesweite Sonderungsverbot allein scheint dies nicht zu verhindern. Bildungsgutscheine ausschließlich für Schüler aus einkommensschwachen Familien, wie sie insbesondere im US-Kontext diskutiert werden,<sup>10</sup> scheinen aber auch keinen umfassenden Ansatzpunkt zu bieten, da die Einkommensposition in Deutschland weniger ausschlaggebend ist. Vielmehr müssten sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrage Seite noch stärker andere „Barrieren“ abgebaut werden: Zum einen müssen auch öffentliche Schulen an Attraktivität gewinnen, um zu verhindern, dass Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern abwandern.<sup>11</sup> Wird zudem ein Schulwettbewerb für sinnvoll gehalten, sollten auch Privatschulen verstärkt Anstrengungen unternehmen, Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern zu erreichen.

**7** Für US-amerikanische Analysen vgl. zum Beispiel Long, J. E., Toma, E. F.: The Determinants of Private School Attendance, 1970–1980. In: *The Review of Economics and Statistics*, 70, 1988, 351–357 sowie für eine neuere Studie Betts, J. R., Fairlie, R. W.: Explaining Ethnic, Racial, and Immigrant Differences in Private School Attendance. In: *Journal of Urban Economics*, 50, 2001, 26–51.

**8** Vgl. zum Beispiel Wößmann, L.: Public-Private Partnerships and Student Achievement: A Cross-Country Analysis. In: Chakrabarti, R., Peterson, P. E. (Hrsg.): *School Choice International*. Cambridge, Mass., 2008, 13–45.

**9** Vgl. zum Beispiel Lubienski, S. T., Lubienski, C.: School Sector and Academic Achievement: A Multilevel Analysis of NAEP Mathematics Data. In: *American Educational Research Journal*, 43, 2006, 651–698.

**10** Vgl. dazu zum Beispiel Barnard, J., Frangakis, C. E., Hill, J. L., Rubin, D. B.: Principal Stratification Approach to Broken Randomized Experiments: A Case Study of School Choice Vouchers in New York City. In: *Journal of the American Statistical Association*, 98, 2003, 299–311 oder auch die entsprechende Diskussion für die Schulsysteme in Entwicklungsländern, vgl. Angrist, J., Bettinger, E., Bloom, E., King, E., Kremer, M.: Vouchers for Private Schooling in Colombia: Evidence from a Randomized Natural Experiment. In: *The American Economic Review*, 92, 2002, 1535–1558.

**11** Für eine Analyse, die sich mit anderen Reformmaßnahmen neben einer Erhöhung der finanziellen Mittel auf die Bedeutung der Schulwahl beschäftigt, vgl. zum Beispiel McCormick, R., Moore, C., Yandle, B.: Private and Public Choices in Public Education: An Investigation of Trustee Effects. *Public Choice*, 78, 1994, 219–230.

**JEL Classification:**  
I2, J18

**Keywords:**  
Private schools,  
Selection



Ansgar Belke, Daniel Gros

**A Simple Model of an Oil Based Global Savings Glut:  
The "China Factor" and the OPEC Cartel**

The purpose of this contribution is to illustrate the mechanism by which higher oil prices might lead to lower interest rates in the context of a simple model that takes into account the global external savings equilibrium. The simple model has interesting implications for how one views the huge US current account deficit and how the emergence of China's savings surplus and oil supply shocks impact the global economy. We show that the new equilibrium is located at a lower interest rate but also at a lower growth rate than without the China effect. Moreover, we argue that the lower real interest rates resulting from excess OPEC savings have facilitated the adjustment to the subprime crisis.

**Discussion Paper Nr. 911**

Juli 2009

Lev Freinkman, Konstantin A. Kholodilin, Ulrich Thießen

**Incentive Effects of Fiscal Equalization: Has Russian Style Improved?**

The effects of inter-government fiscal arrangements on variation in regional economic growth are analyzed for Russia, a country with large cross-regional differences and considerable fiscal redistribution. Moreover, fiscal reforms implemented in the first half of 2000s, which followed to some extent scientific advice, make analysis of this case particularly interesting. We observe that post-reform fiscal redistribution became more rational and this resulted in fewer incentive distortions. We found no negative association between federal transfers and regional growth. Furthermore, there are no major differences between donor and recipient regions in the way how inter-governmental fiscal arrangements influence regional growth. Overall, fiscal policy variables have become less important growth determinants than it was the case in the 1990s. Still further reforms in federalism arrangements would be desirable.

**Discussion Paper Nr. 912**

Juli 2009

Claudia Kemfert, Hans Kremers, Truong Truong

**Europe's Twenties: A Study Using the WIATEC Model**

In this paper, we use a computable general equilibrium model (WIATEC) to study the potential impact of implementing Europe's 20-20-20 climate policy. The results show that the economic costs of implementing the policy are only moderate and within the range of recent empirical evidence. Furthermore, they also indicate that there is a possibility that the existing allocations to the European sectors participating in the EU Emissions Trading Scheme (EU ETS) are on the low side, and therefore, there are still rooms for movement in the future.

**Discussion Paper Nr. 913**

August 2009

Silvio Schmidt, Claudia Kemfert, Eberhard Faust

**Simulation of Economic Losses from Tropical Cyclones  
in the Years 2015 and 2050:  
The Effects of Anthropogenic Climate Change and Growing Wealth**

This paper simulates the increase in the average annual loss from tropical cyclones in the North Atlantic for the years 2015 and 2050. The simulation is based on assumptions concerning wealth trends in the regions affected by the storms, considered by the change in material assets (capital stock). Further assumptions are made about the trend in storm intensity resulting from anthropogenic climate change. The simulations use a stochastic model that models the annual storm loss from the number of storms and the loss per storm event. The paper demonstrates that increasing wealth will continue to be the principle loss driver in the future (average annual loss in 2015 +32 %, in 2050 +308 %). But climate change will also lead to higher losses (average annual loss in 2015 +4 %, in 2050 +11 %). In order to reduce the uncertainties surrounding the assumptions on the trend in capital stock and storm intensity, a sensitivity analysis was carried out, based on the assumptions from current studies on the future costs for tropical storms.

**Discussion Paper Nr. 914**

August 2009

Ansgar Belke, Ingo Bordon, Inna Melnykovska, Rainer Schweickert

**Prospective NATO or EU Membership and Institutional Change  
in Transition Countries**

This paper quantifies the impact of incentives related to potential membership on institutional change as measured by the World Bank Governance Indicators (WBI). Based on a panel of 25 transition countries for the period from 1996 to 2008 we show that pre-accession incentives provided by EU and NATO clearly matter for institutional development. In addition, path-dependency determined by cultural norms may be overcome by economic liberalization while foreign aid seems to hamper institutional development.

**Discussion Paper Nr. 915**

Januar 2009

Nicolas R. Ziebarth

**Measurement of Health, the Sensitivity of the Concentration Index, and Reporting Heterogeneity**

Using representative survey data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) for 2006, we show that the magnitude of such health inequality measures as the concentration index (CI) depends crucially on the underlying health measure. The highest degree of inequality is found when dichotomized subjective health measures like health satisfaction or self-assessed health (SAH) are employed. Measures of medical care usage like doctor visits result in substantially lower concentration indices. Moreover, with the use of SF12, a generic health measure, the inequality indicator is reduced by a factor of ten. Scaling SAH by means of the SF12 leads to similar results to those with the pure SF12 measure. Employing generic health measures used with other populations like the Canadian HUI-III or the Finish 15D to cardinalize SAH has a significant impact on the degree of inequality measured. Finally, by contrasting the physical health component of the SF12 to the unambiguously objective grip strength measure, we provide evidence of the presence of income-related reporting heterogeneity in generic health measures.

**Discussion Paper Nr. 916**

August 2009

Ansgar Belke, Jens Klose

**Does the ECB Rely on a Taylor Rule? Comparing Ex-post with Real Time Data**

We assess the differences that emerge in Taylor rule estimations for the ECB when using ex-post data instead of real time forecasts and vice versa. We argue that previous comparative studies in this field mixed up two separate effects. First, the differences resulting from the use of ex-post and real time data per se and, second, the differences emerging from the use of non-modified real time data instead of real-time data based forecasted values and vice versa. Since both effects can influence the reaction to inflation and the output gap either way, we use a more clear-cut approach to disentangle the partial effects. Our estimation results indicate that using real time instead of ex post data leads to higher estimated inflation coefficients while the opposite is true for the output gap coefficients. If real time data forecasts for the current period are used (since actual data become available with a lag), this empirical pattern is even strengthened in the sense of even increasing the inflation response but lowering the reaction to the output gap while the reverse is true if "true" forecasts of real time data for several periods are employed.

**Discussion Paper Nr. 917**

August 2009

## Einladung zur Industrietagung 2009 am 8./9. Oktober 2009 in Berlin

### **Wird die deutsche Industrie gestärkt aus der Rezession hervorgehen?**

### **Braucht Deutschland ein anderes Wachstumsmodell – weniger Export, mehr Konsum?**

### **Die Krise: Chance für Innovation oder Konservierung alter Strukturen?**

#### **Nach der Wahl:**

### **Welche Wirtschaftspolitik brauchen Industrie und Mittelstand?**

Auf der Industrietagung 2009 wird von Repräsentanten aus Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und der Wissenschaft die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und ihrer Branchen analysiert. Im Mittelpunkt steht das produzierende Gewerbe. Neben der kurzfristigen Wirtschaftsentwicklung wird vor allem der strukturelle Wandel innerhalb und zwischen den Branchen thematisiert. Erstmals werden mit der Logistikbranche auch die unternehmensnahen Dienstleistungen auf der Industrietagung vertreten sein.

Der Präsident des DIW Berlin, Professor Klaus F. Zimmermann, eröffnet die Tagung mit einem Vortrag über die wirtschaftspolitische Agenda der neuen Legislaturperiode. Die Keynote speech zum Schwerpunkt Energie hält Herr Tuomo Hatakka, Vorsitzender des Vorstands der Vattenfall Europe AG.

Im zweiten Programmschwerpunkt Infrastruktur wird Herr Professor Christian von Hirschhausen einen Vortrag über den „Reformbedarf für eine nachhaltige Infrastruktur in Deutschland“ halten. Der erste Tag wird mit einer Podiumsdiskussion abgerundet.

#### **1. Tag (Donnerstag, 8. Oktober 2009)**

Moderation: Dr. Ferdinand Pavel, DIW econ GmbH

- |           |  |
|-----------|--|
| 10.00 Uhr | <b>Begrüßung und<br/>Vortrag „Wirtschaftspolitische Agenda für die neue Legislaturperiode“</b><br>Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Präsident des DIW Berlin                |
| 10.45 Uhr | <b>Entwicklung in der Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur</b><br>Dr. Stefan Kooths, DIW Berlin  |
| 11.30 Uhr | <b>Industrielle Entwicklung in Deutschland und Europa</b><br>Dr. Dorothea Lucke, DIW Berlin  |
| 12.00 Uhr | <i>Die Deutsche Bank lädt zum Büffet ein</i>   |
| 13.15 Uhr | <b>Schwerpunkt Energie und Infrastruktur</b><br><b>Keynote speech „Standortfaktor Energiepolitik“</b><br>Tuomo Hatakka, Vorsitzender des Vorstands, Vattenfall Europe AG |
| 14.15 Uhr | <b>Vortrag „Reformbedarf für eine nachhaltige Infrastruktur“</b><br>Prof. Dr. Christian von Hirschhausen, DIW Berlin/TU Dresden  |
| 15.15 Uhr | <i>Kaffeepause</i>   |
| 15.30 Uhr | <b>Branchenkonjunkturen</b><br>Maschinenbau<br>Stahl- und Metallverarbeitung<br>Elektrotechnik<br>Automobilindustrie   |
| 18.10 Uhr | <i>Pause</i>   |

## Einladung

- 18.30 Uhr **Begrüßung**  
Wilhelm von Haller, Deutsche Bank AG,  
Mitglied des Management Committee Deutschland
- Podiumsdiskussion – Nach der Bundestagswahl:  
Freiräume und Handlungsoptionen der Wirtschaftspolitik**  
Bundesverband der Deutschen Industrie – NN  
Dr. Tobias Just, Leiter des Deutsche Bank Research Teams Branchen/  
Immobilien  
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Präsident des DIW Berlin  
**Moderation:** Dr. Ursula Weidenfeld, Freie Journalistin
- Im Anschluss  
Die Deutsche Bank lädt zum Abendempfang mit Büffet ein*

### 2. Tag (Freitag, 9. Oktober 2009)

- 9.00 Uhr **Branchenkonjunkturen**  
Baustoffe, Steine und Erden  
Bauindustrie  
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei; NE-Metallgießerei; Gummiverarbeitung,  
Kunststoffverarbeitung  
Erzeugung von Aluminium und Halbzeug  
Stahlindustrie  
Energie
- 10.50 Uhr *Kaffeepause*
- 11.15 Uhr **Branchenkonjunkturen**  
Druckgewerbe  
Bergbau  
Chemische Industrie
- 12.25 Uhr **Branchenkonjunkturen spezial: Unternehmensnahe Dienstleistungen**  
Logistik
- 12.55 Uhr **Präsentation der aggregierten DIW Industrieprognose**
- 13.15 Uhr Ende der Industrietagung  
*Die Deutsche Bank lädt zum Mittagsimbiss ein*

Kontakt: DIW Berlin Stabsabteilung Kommunikation  
Telefon 030 897 89 569/-573  
Anmeldungen bis 30. September 2009 erbeten an [industrietagung@diw.de](mailto:industrietagung@diw.de)

Tagungsbeitrag  
Die Teilnahmegebühren betragen für zwei Tage 495 Euro und für einen Tag 295 Euro. Für Mitglieder der Vereinigung der Freunde des DIW Berlin ist die Teilnahme kostenfrei.

Veranstaltungsort:  
Deutsche Bank AG Unter den Linden 13–15  
Eingang Charlottenstraße 10117 Berlin

**Hauptsponsor: Deutsche Bank**

Weekly Report DIW Berlin

No.19/2009, August 20, 2009

**Full-time Workers Want to Work Fewer Hours,  
Part-time Workers Want to Work Longer Hours**

Elke Holst

Since the reunification of Germany, average working times for men and women have followed different trends. There are various reasons for the difference. More and more women are gainfully employed; they engage in part-time and marginal employment, both of which are on the rise. The importance of full-time employment has declined. This accounts for most of the reduction in their average workweek, which decreased by 2.3 hours to 31.9 hours between 1993 and 2007. The full-time employment of men also declined, in both relative and absolute terms-unlike their average workweek, which, according to data provided by the German Socio-Economic Panel (SOEP), totaled 43.3 hours per week in 2007. This is 0.8 hours more than in 1993. Overall, the working time of male and female wage and salary earners in West Germany and of such earners in East Germany have converged, though not the number of working hours preferred by women in the two regions. These numbers remain considerably higher in East Germany than in West Germany. The differences are most pronounced among women who work part-time. In East Germany, the women who this applies to often find that this form of employment provides too low a level of work. Long workweeks exceeding 40 hours are not very popular in either part of Germany-not even among men, at least half of whom work that long, though only 17 percent of them do so by preference.

Weekly Report DIW Berlin

No.20/2009, September 3, 2009

**Global Demand for Environmental Goods and Services on the Rise:  
Good Growth Opportunities for German Suppliers**

Jürgen Blazejczak, Frauke G. Braun, Dietmar Edler

According to conservative calculations, over \$580 billion was spent worldwide on environmental goods and services and renewable energy technologies<sup>1</sup> in 2004. So-called „green spending“ is set for strong growth in the future on account of the long-term expansion of the global economy and mounting environmental challenges. Significant opportunities for growth and employment in Germany are also offered by forecasted trends in the market for green technologies. DIW Berlin has developed a method to quantify future global demand for environmental goods and services based on alternative economic scenarios. The method places a key focus on the international trade of environmental goods and services. Our calculations predict that the effective annual demand for environmental goods and services in Germany will increase from \$75 billion in 2004 to between \$106 and 171 billion by 2020 (at 2004 prices and exchange rates). The high growth in German exports is responsible in particular for this trend. Nevertheless, sensitivity calculations indicate that demand could also grow at a much slower rate through 2020 under unfavorable economic conditions.



**Themen des nächsten Wochenberichts:  
Methan-Emissionen  
Auswanderung aus Deutschland**

**Der BVL/DIW Logistik-Indikator im dritten Quartal 2009**

**Erwartungen der deutschen Logistikwirtschaft hellen sich auf**

Das Klima in der deutschen Logistikwirtschaft hat sich zu Beginn des zweiten Halbjahres verbessert. Gegenüber dem Vorquartal konnte der BVL/DIW Logistik-Indikator um gut 20 Punkte zulegen – dies ist der bislang kräftigste Zuwachs in einem Quartal. Zwar liegt der Index mit 82,6 Punkten weiterhin deutlich unter dem Normalniveau von 100, aber es geht nach langer Durststrecke wieder aufwärts. Maßgeblich getragen wird diese Entwicklung von den deutlich aufgehellten Erwartungen für die nächsten zwölf Monate. Sie legten um fast 23 Punkte auf 109 Punkte zu. Aufgrund der schwachen Einschätzung der derzeitigen Lage (Zuwachs um nur sechs auf 56 Punkte), wäre es aber verfrüht, bereits auf eine kräftige Erholung zu schließen.

Die größte Klimaverbesserung signalisierte die Anbieterseite (Logistikdienstleister): Der entsprechende Teilindikator stieg um gut 20 Punkte. „Dazu hat vor allem die Stabilisierung der Auftragseingänge beigetragen, die sich in der Frühjahrsumfrage noch im freien Fall befanden“, sagte Stefan Kooths, Konjunkturexperte des DIW Berlin. An der überwiegend als schlecht eingeschätzten Kapazitätsauslastung habe sich damit aber kaum etwas ändern können. „Die Pläne für die nächsten zwölf Monate weisen weiterhin in Richtung Kapazitätsrückbau, sowohl beim Personal als auch bei den Sachkapazitäten“, so Kooths weiter. Offenbar reiche die erwartete bessere Geschäfts- und Auftragslage in der nahen Zukunft nicht aus, um die bestehenden Kapazitäten auszulasten.

Auf der Anwenderseite (Industrie und Handel) liegen die Erwartungen binnenwirtschaftlich und grenzüberschreitend im positiven Bereich, doch die Schere zwischen Erwartungen und Lage hat sich weiter geöffnet. Während die Lage mit einem Indexstand von 65,5 Punkten nochmals schlechter eingeschätzt wurde als im Vorquartal (Rückgang um acht Punkte), haben sich die Erwartungen erholt und liegen mit 112,5 Punkten deutlich im positiven Bereich (Anstieg um gut 24 Punkte). Erstmals seit Beginn der Befragung wird die Auslastung der eigenen Logistikkapazitäten jedoch niedrig eingeschätzt. Die im Markt verfügbaren Kapazitäten gelten weiter als hoch und bestätigen die schlechte Lagebeurteilung der Logistikdienstleister. Ein Abbau der Sachkapazitäten ist zwar – anders als noch im Vorquartal – nicht geplant, jedoch weisen die Erwartungen hinsichtlich des Personaleinsatzes immer noch deutlich nach unten.

„Die Krise ist damit sicher noch nicht überwunden, aber die Auftragseingänge steigen und die Produktion wird wohl in absehbarer Zeit vielerorts wieder anziehen“, sagte Raimund Klinkner, Vorstandsvorsitzender der Bundesvereinigung Logistik. „Damit könnte die Talsohle erreicht sein, und eine Stabilisierung der Wirtschaft auf niedrigem Niveau beginnen.“ Allerdings sei das Bild von Branche zu Branche nach wie vor heterogen. Die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes werde zudem spürbare Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur und damit auch auf die Logistik haben. Richtung und Nachhaltigkeit der Impulse bleiben zunächst offen.

Ein positives Signal ist aber heute schon sichtbar: Trotz Konjunkturkrise setzt die Logistikwirtschaft verstärkt Mittel für Innovationen ein. Dies gilt insbesondere für die befragten Unternehmen aus Industrie und Handel, von denen über ein Drittel angab, ihre Investitionen in Innovationen auszuweiten. Knapp die Hälfte hat diese Investitionspläne nicht geändert, nur gut jedes Sechste schränkt die Innovationstätigkeit ein. „Diese Entscheidung für nachhaltige Investitionsentscheidungen in Krisenzeiten ist ein ermutigendes Signal“, sagte Klinkner.

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredaktion**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohr

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Presestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,–  
Einzelheft Euro 7,–  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.



## Eine öffentliche europäische Rating-Agentur – wir brauchen sie jetzt

von Dorothea Schäfer\*

Anfang Juli 2009 habe ich auf einer Investorenkonferenz die Agenda des DIW Berlin für eine neue Finanzmarktarchitektur vorgestellt. Nichts erregte die Aufmerksamkeit der anwesenden Anleger mehr als unsere Forderung nach der Schaffung einer öffentlichen Rating-Agentur. Viele der teilnehmenden Privatanleger erhofften sich von deren Existenz einen großen Nutzen für ihre Investitionsentscheidungen. Einige kritisierten sogar vehement, dass unser Vorschlag bereits mit einem eingebauten Exit des Staates – Privatisierung der Agentur nach Überwindung der Krisenauswirkungen – daherkam. Offenbar ist der Glauben an die Ratingurteile insbesondere der drei großen, kommerziellen Agenturen Moody's, Standard & Poor's und Fitch nachhaltig erschüttert.

Die „großen Drei“ haben wesentlich zum Boom im Subprime-Verbriefungsmarkt und damit zur Immobilienblase beigetragen. Über Jahre hinweg haben sie die Risiken der komplexen Subprime-Wertpapiere als viel zu niedrig eingestuft. Der fahrlässige „Optimismus“ der Rating-Agenturen, jenseits aller Realitäten im Subprime-Markt, lässt sich nicht nur durch ein schlechtes Bewertungsmodell erklären. Er ist vor allem den gesetzten Anreizen zu verdanken: Von günstigen Rating-Urteilen haben die Agenturen einfach mehr profitiert als von ungünstigen.

Mit der unausweichlichen, dramatischen Herabstufung der Subprime-Wertpapiere ging dann auch ein Gutteil der Glaubwürdigkeit der Rating-Agenturen verloren. Anleger, die jetzt eine Investitionsentscheidung treffen müssen, werden daher den Urteilen der Rating-Branche nur mit großer Skepsis folgen. Man muss sogar befürchten, dass der Glaubwürdigkeitsverlust der wichtigsten „Notengeber“ Investitionsentscheidungen erschwert und die Bereitschaft zu investieren hemmt.

Einen Ausweg bietet hier die Einrichtung einer öffentlichen Rating-Agentur. Gleichzeitig muss das Einholen einer „Note“ von der öffentlichen Agentur verbindlich gemacht werden. Das heißt jedes Verbriefungsprodukt muss zukünftig zwei obligatorische Rating-Urteile vorweisen können, eines davon von der öffentlichen Agentur. Eine nachhaltige Aufhebung des Verdachts auf Urteile, die durch private Gewinninteressen verzerrt sind, wäre die Folge. Gleichzeitig käme mehr Wettbewerb um die beste „Note“ in Gang. Um den „großen Drei“ etwas Vergleichbares entgegenzusetzen zu können, sollten sich die EU-Staaten dazu durchringen, eine gemeinsame öffentliche Agentur aufzubauen. Die ökonomischen Grundlagen dafür sind innerhalb der Eurozone vorhanden. Unter dem Dach der EZB unterhalten die nationalen Zentralbanken bereits jetzt entsprechende Bewertungsabteilungen. Im Tandem mit der geplanten Regulierung der Branche würde so dem Vertrauensverlust nachhaltig Paroli geboten.

\* PD Dr. Dorothea Schäfer ist Forschungsdirektorin Finanzmärkte am DIW Berlin.